

**Antrag 56/I/2022**

**AG SPD 60plus**

**Der/Die Landesparteitag möge beschließen:**

**Empfehlung der Antragskommission**

**Annahme (Konsens)**

**Personalleasing in der Pflege begrenzen**

1 Der Landesvorstand der SPD  
2 wird aufgefordert, sich dafür  
3 einzusetzen, dass der Einsatz  
4 des Beschäftigungsinstruments  
5 „Personalleasing“ (Zeitarbeitneh-  
6 mer\*innen oder Leiharbeitneh-  
7 mer\*innen) in Krankenhäusern  
8 und Pflegeeinrichtungen von Ge-  
9 bietskörperschaften in Branden-  
10 burg und Deutschland insgesamt  
11 (Länder/Landkreise/Kommunen)  
12 auf das absolut notwendige Maß  
13 begrenzt und stattdessen ver-  
14 stärkt auf Festanstellungen bei  
15 pflegerischem Personal gesetzt  
16 wird.

17

**18 Begründung**

19 Das Leasing von Pflegekräften,  
20 eigentlich als Notmaßnahme für  
21 Krankheits- und Urlaubsvertre-  
22 tungen gedacht, nimmt ange-  
23 sichts des Personalmangels in  
24 der Pflege kontinuierlich zu und  
25 kann sich so zu einer ernsten Be-  
26 lastung des Betriebsfriedens in  
27 den Krankenhäusern und Pflege-  
28 einrichtungen entwickeln. Für Be-

29 schäftigte, die diesen Weg gehen,  
30 ist Personalleasing zwar häufig  
31 attraktiver, denn sie können Be-  
32 dingungen stellen, Arbeitszeiten  
33 aussuchen und werden häufig  
34 auch noch besser bezahlt als die  
35 Festangestellten. Für die Einrich-  
36 tungen jedoch bedeutet Perso-  
37 nalleasing einen finanziellen und  
38 organisatorischen Mehraufwand,  
39 da die Aufschläge und Margen  
40 der Verleihfirmen sowie die Ein-  
41 arbeitsprozesse für das häu-  
42 fig wechselnde Leasingpersonal  
43 nicht unerheblich sind. Der Ein-  
44 satz von mehr Festangestellten  
45 trägt somit zur mehr Beständig-  
46 keit in den Arbeitsabläufen und  
47 Teamstrukturen bei, die sich wie-  
48 derum positiv auf das Zugehörig-  
49 keitsgefühl des Pflegepersonals  
50 zu ihrer Einrichtung und auf die  
51 allgemeine Wertschätzung ihrer  
52 Arbeit auswirken.

53 Deshalb muss für Krankenhäu-  
54 ser und Pflegeeinrichtungen  
55 der Gebietskörperschaften in  
56 Brandenburg und Deutschland  
57 insgesamt in Zusammenarbeit  
58 zwischen jeweiliger Pflegelei-  
59 tung und Personalvertretung  
60 dringend darüber nachgedacht  
61 werden, wie das Personalleasing  
62 durch zusätzliches festangestell-

63 tes Personal und/oder flexiblere  
64 Gestaltung der Dienstzeiten und  
65 Dienstpläne reduziert werden  
66 kann.